



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 28.01.2026
– Auszug aus Drucksache 19/9843 –**

**Frage Nummer 33
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordneter Ich frage die Staatsregierung, wer trägt nach Ansicht der
Richard Staatsregierung die politische Verantwortung in Bezug auf die
Graupner derzeitige – den gesetzlichen Vorgaben zuwiderlaufende und
(AfD) laut „Notfallplan Erdgas“ kritische – Befüllungssituation der
oberbayerischen Gasspeicher (nur der Speicher Bierwang er-
füllt derzeit noch die gesetzlich vorgeschriebenen 40 Prozent
Mindestfüllstand zum 1. Februar, im Speicher Wolfersberg hin-
gegen sind es bereits jetzt unter sechs Prozent), welche kurz-
fristigen Maßnahmen plant die Staatsregierung zur Sicherstel-
lung der derzeitigen Gasversorgung einzuleiten und mit wel-
chen politischen Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung
eine zukünftig ausreichende und gesetzeskonforme Befüllung
der oberbayerischen Gasspeicher sicherzustellen?

**Antwort des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und
Energie**

Aktuell besteht keine Gasmangellage. Die Bundesnetzagentur schätzt die Gefahr einer angespannten Gasversorgung im Augenblick als gering ein. Entscheidend für die Gewährleistung der Versorgungssicherheit ist weniger der Füllstand einzelner Speicherstandorte, sondern die Gesamtlage sowie die zur Verfügung stehenden Import-möglichkeiten über Pipelines und LNG Terminals. Gerade für die Situation in Bayern sind auch die an das deutsche Netz angeschlossenen Speicher Haidach und 7Fields in Österreich von großer Bedeutung und sind daher bei der Bewertung entsprechend zu berücksichtigen.

Grundsätzlich liegt die Verantwortung zur Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben zur Speicherbefüllung bei den privatwirtschaftlich organisierten Marktakteuren. Die zugrundeliegenden Regelungen sehen zudem vor, dass dem Bund kurzfristig weitere Maßnahmen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit zur Verfügung stehen, sofern sich abzeichnet, dass eine sichere Versorgung über den Markt nicht möglich ist. Die Staatsregierung setzt sich bereits seit Längerem dafür ein, dass bundesweit die Rahmenbedingungen mittelfristig so angepasst werden, dass eine marktlich angereizte Versorgungssicherheit dauerhaft gewährleistet wird.